

## Zersetzung

„Zersetzung“ – dieses Wort richtete sich immer gegen tatsächliche oder vermeintliche Gegner. Bevor das Ministerium für Staatssicherheit den Begriff zur Beschreibung einer eigenen Verfolgungsmethode gegen Oppositionelle und Regimekritiker nutzte, war er Bestandteil der Militär- und Kriegssprache. Im NS-Staat konnten Zweifler am „Endsieg“ wegen „Wehrkraftzersetzung“ verfolgt werden, und in der psychologischen Kriegsführung half „Zersetzung“, um die Kampfmoral der feindlichen Soldaten zu schwächen.

In den ersten Jahrzehnten der DDR wandte die Staatssicherheit kaum Zersetzungsmaßnahmen an, sondern verhaftete schnell und rigoros all diejenigen, die sie als Abweichler bzw. Gegner und Feinde des SED-Regimes identifizierte. Doch solch ein offenes Vorgehen passte nicht mehr in die Zeit der Entspannungspolitik und der Ära Erich Honecker, in der sich das Regime angesichts der lang ersehnten internationalen Anerkennung kommoder und weltoffener präsentieren wollte. Nach Abschluss des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages 1972 nahm die DDR-Regierung zu vielen Staaten diplomatische Beziehungen auf, trat der UNO bei und unterzeichnete die Schlussakte der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE), in der sich der Staat offiziell zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtete. In Ost-Berlin eröffneten Botschaften und Pressebüros aus aller Welt. Damit standen System und Gesellschaft stärker als bisher unter westlicher Beobachtung.

Dennoch beabsichtigten SED und MfS nicht, auf Repression und Verfolgung von Oppositionellen und Andersdenkenden zu verzichten. Nur die Art und Weise sollte nach außen hin weniger öffentlich, auffällig und brutal wirken. Für die Staatssicherheit bedeutete das, dass sie Mitte der 1970er Jahre ihre geheimpolizeiliche Vorgehensweise anpasste. Politische Gegner, gegen die im Rahmen eines „Operativen Vorgangs“ (OV) ermittelt wurde, sollten nach der vom Ministerium für Staatssicherheit eigens erstellten Richtlinie Nr. 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge (OV) nun verstärkt mittels „Zersetzungsmaßnahmen“ bekämpft werden. Im Stasi-Deutsch der Richtlinie wurde das so beschrieben: „Maßnahmen der Zersetzung sind auf das Hervorrufen sowie die Ausnutzung und Verstärkung solcher Widersprüche, beziehungsweise Differenzen zwischen feindlich-negativen Kräften zu richten, durch die sie zersplittert,

gelähmt, desorganisiert und isoliert und ihre feindlich-negativen Handlungen, einschließlich deren Auswirkungen, vorbeugend verhindert, wesentlich eingeschränkt oder gänzlich unterbunden werden.“

Die Zersetzungsmethoden waren vielfältig. Bewusst sollten Misserfolge organisiert, Misstrauen gesät und persönliche Beziehungen zerstört werden. Die Stasi konnte dabei auf ein breites Instrumentarium zurückgreifen: Sie verfügte über die technischen Möglichkeiten der Überwachung, konnte zahlreiche Inoffizielle Mitarbeiter (IM) in den verschiedensten Rollen einsetzen und auf Entscheidungen von Ämtern, Behörden oder Arbeitgebern Einfluss nehmen. Die Palette reichte von Schikanen, die der Verfolgte als Strafe empfinden sollte, über die Organisation von möglichst kräftezehrenden Lebensumständen, bis zu gezieltem Psychoterror. Die Fachleute für die Ausarbeitung solcher Maßnahmen bildete die Stasi selbst aus: „Operative Psychologie“ war ein Forschungs- und Lehrfach an der Juristischen Hochschule (JHS) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS).

Misserfolge und Hindernisse im Beruf, als auch manche schikanöse Behördenentscheidung konnten die Betroffenen gegebenenfalls noch relativ leicht als Repressionsmaßnahme deuten. Im persönlichen Umfeld sah das hingegen anders aus. Ein Zersetzungsplan zur Zerstörung einer Ehe bzw. Paarbeziehung ließ sich deutlich schwerer erkennen, denn die Stasi agierte variantenreich: Mal sollte ein IM zum Fremdgehen verführen, mal reichten auch fingierte Anrufe oder Briefe mit scheinbar kompromittierendem Inhalt aus, um nachhaltig Misstrauen zu säen.

Durch Misstrauen sollten auch oppositionelle Gruppen „zersetzt“ werden. Eine effektive Methode war dabei die Verbreitung und Verstärkung von Gerüchten, wobei vor allem Gerede über eine angebliche Stasi-Mitarbeit von Gruppen-Mitgliedern eine dramatische Wirkung entfalten konnten. Denn wem misstraut wird, mit dem spricht man nicht mehr über alles. Umgekehrt spürt der Betroffene schnell, nicht mehr richtig dazu zu gehören. Und wo das verbreitete Gerücht nicht allein wirkte, da half die Stasi nach. Beispielsweise im Vorgang „Pegasus“, der sich unter anderem gegen Siegfried Reiprich richtete. Die Stasi-Kreisdienststelle Jena plante, die Information zu verbreiten, dass Reiprich ein Stasi-Spitzel sei. Als im November 1976 mehrere Personen aus dem OV "Pegasus" festgenommen wurden, ließen die MfS-Verantwortlichen Reiprich bewusst aus und streuten stattdessen Verdachtsmomente über eine angebliche Stasi-Zuarbeit. Er wurde weder inhaftiert noch zu einer Vernehmung einbestellt. Die anderen Inhaf-

tierten bekamen derweil von den Vernehmern in der Untersuchungshaft gesagt oder suggeriert, dass Reiprich gegen sie ausgesagt hätte. Als die Verhafteten später ohne Prozess in den Westen abgeschoben wurden, diskutierten einige ihren Verdacht gegenüber Reiprich im Westen auch öffentlich. Das Gerücht solle sich erst nach Öffnung der Stasi-Akten völlig auflösen.

Doch ebenso wenig wie das Aufkommen von Gerüchten konnten sich die Betroffenen gezielte Verunsicherungsmaßnahmen im Alltag erklären. Dies geschah wiederholt im Zusammenhang mit geheimen Wohnungsdurchsuchungen, die ohnehin zur geübten Praxis der Stasi-„Aufklärung“ gehörte. Dabei organisierten sich die Mitarbeiter Zeit und Umstände, um ungesehen und unbemerkt in eine Wohnung eindringen zu können. Ging es um „Zersetzung“, hinterließen sie nun in manchen Fällen auch bewusst ein Zeichen, dass jemand in der Wohnung war. Beispielhaft war der Fall einer Frau, die in ihrer stets aufgeräumten Wohnung immer wieder eine auffällige Veränderung bemerkte, die sie sich nicht erklären konnte. Dieses Vorgehen trieb sie buchstäblich in den Wahnsinn, da sie für diese Abweichung keine rationale Erklärung finden konnte.

Die verschiedenen Facetten dieser Stasi-Methode finden sich auch 1983 im „Plan zur Zersetzung zum OV ‚Virus‘“. Unter diesem Decknamen arbeitete die Stasi an der Zerschlagung des Friedenskreises Pankow in Berlin, der in der örtlichen Kirche wirkte und nur mit Zustimmung der Gemeinde arbeiten konnte. Zur diskreditierenden Zielperson wurde die im Friedenskreis aktive Pastorin erklärt. Dazu brachte die Stasi zunächst innerhalb der Gemeinde und im Friedenskreis Fotomontagen in Umlauf, die den Partner der Pastorin als gehörnter Ehemann darstellten. Beabsichtigt war, das Gerücht zu streuen, dass die Pastorin eine Affäre habe. Da diese Aktion Wirkung zeigte und tatsächlich für Verunsicherung in der Gemeinde sorgte, entschloss sich die Pastorin vier Wochen nach Verbreitung der Fotos Anzeige gegen Unbekannt bei der Polizei zu erstatten. Das gab der Stasi die Gelegenheit, das Gerücht nun erst recht zu verbreiten, indem sie die Polizei anwies, Bekannte, Verwandte, aber auch Fremde zu Verhören vorzuladen. Die permanenten Nachfragen und Untersuchungen führten dazu, dass sich der gestreute Verdacht vom vermeintlichen Liebesleben der Pastorin erhärtete. Als diese ihre Anzeige zurückziehen wollte, wurde das nicht akzeptiert. Erst Monate später sind die „Ermittlungen“ ergebnislos eingestellt worden. Eine andere Form, die Arbeit des Friedenskreises zu blockieren, war die Praxis, zu jeder öffentlichen Veranstaltung in großer Zahl Stasi-Mitarbeiter zu entsenden, die durch Wortmeldungen aufkommende Diskussionen lenken und ersticken sollten. Dabei ging es dem Geheimdienst nicht in erster Linie darum, die Debatte argumentativ zu gewinnen oder

einfach nur zu zerschlagen. Vielmehr sollten die Veranstaltungen des Pankower Friedenskreises für ein Publikum, das auf der Suche nach offenen und kritischen Gesprächen war, möglichst unattraktiv und kein überregionaler Anziehungspunkt werden.

Zersetzungsmaßnahmen konnten bisweilen jedoch auch scheitern und auffliegen, vor allem dann, wenn sie als solche erkennbar waren. Wolfgang Templin wurde beispielsweise plötzlich von unzähligen Fremden besucht, die alle dringend etwas kaufen oder verkaufen wollten. Er hätte, erklärten die Besucher, auf ihre jeweilige Kleinanzeige geantwortet und das beste Angebot gemacht. In der DDR-Mangelwirtschaft spielten Geschäfte per Kleinanzeigen eine wichtige Rolle. Jemanden mit einem Scheinangebot zum Narren zu halten, war deshalb etwas ungemein Empörendes. Die Besucher waren deshalb oft wütend, und der Oppositionelle war damit beschäftigt, sie zu beruhigen. Er ließ sich von ihnen die Karten geben, die er angeblich geschrieben haben soll. Das ging so über Wochen, allerdings waren mit der Zeit die wütenden Besucher immer leichter zu besänftigen, weil sie anhand der vielen schon gesammelten Karten ahnen konnten, dass hier nichts mit rechten Dingen zuging. Als dann aber auch noch Stückguttransporte mit lebenden Küken angekündigt wurden und Kriminalpolizisten vorsprachen, weil sie wegen des Umfangs von Templins Geschäften ermitteln müssten, machte er die Geschichte öffentlich. In der westdeutschen Zeitschrift „Der Spiegel“ erschien ein Bericht, und die Zersetzungsmaßnahmen wurde vom MfS abgebrochen.

Derlei Pläne und Aktionen zur Zersetzung gab es vielfach. Es betraf sowohl diejenigen Oppositionellen, die nicht inhaftiert wurden, als auch jene, die vor und nach ihrer Haft mit Zersetzungsmaßnahmen konfrontiert waren. Wie viele DDR-Bewohner durch die Umsetzung solcher perfider Methoden insgesamt geschädigt wurden, lässt sich im Nachhinein aber nur schwer genau ermitteln. Im Jahr 2007 schätzte der damalige Sächsische Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen die Zahl derer, die als „nachhaltig geschädigt“ gelten, auf ca. 5.000 Personen.

### **Auswahl Literatur**

Klaus Behnke, Zersetzungsmaßnahmen – Die Praxis der „Operative Psychologie“ des Staatssicherheitsdienstes und ihre traumatischen Folgen, in: Ulrich Baumann/Helmut Kury (Hg.), Politisch motivierte Verfolgung: Opfer von SED-Unrecht, Freiburg (Breisgau) 1998, S. 379–399.

Jürgen Fuchs, Unter Nutzung der Angst. Die „leise Form“ des Terrors. Zersetzungsmaßnahmen des MfS, Berlin 1994.

Jürgen Fuchs/Klaus Behnke (Hg.), *Zersetzung der Seele. Psychologie und Psychiatrie im Dienste der Stasi*. 3. Aufl., Hamburg u. a. 2010.

Jens Gieseke, „Zersetzung“ – Interpretationen und Kontroversen der Stasi-Historiographie am Beispiel einer geheimpolizeilichen Methode, in: Agnès Bensussan/Dorota Dakowska/Nicolas Beaupré (Hg.), *Die Überlieferung der Diktaturen. Beiträge zum Umgang mit Archiven der Geheimpolizeien in Polen und Deutschland nach 1989*, Essen 2004, S. 149–172.

Sandra Pingel-Schliemann, *Zersetzen. Strategie einer Diktatur. Eine Studie*, Berlin 2004.